

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Meißner Buchdruckerei (Jahres D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

### Nutzenpreis:

Die einpaltige Zeitungs- od. deren Raum 1. Beleg 150.- M. außerhalb desselben 160.- M. einschließl. Infratexten. Kollationsanzeigen 100 Bros. Pufflog. Cferie u. Kollationsstellen 50 M. Kollationsstellen 250 M. Bei größeren Beiträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Kollationsfehlers hinfällig wird; ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

### Bezugspreis Nr. 4.

Für telefonische Beiträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

**Bezugspreis:**  
In Reichsmark in Neuenbürg 1.000. Durch die Post in Einz. und Abbestellungsstellen, sowie in sonstigen öffentlichen Verkaufsstellen 1.200 mit Postzuschlag.  
In Fällen von 10-jähriger Dauer besteht kein Anspruch auf Kündigung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Abbestellungen nehmen alle Postämter, in Neuenbürg außerdem die Buchhändler, entgegen.  
Wirkungsk. Nr. 24 bei der C. Meißner Buchdruckerei Neuenbürg.

Nr. 112.

Neuenbürg, Mittwoch, den 16. Mai 1923.

81. Jahrgang.

### Deutschland.

**München, 14. Mai.** Zum Polizeipräsidenten in München ist ein Beamter der Regierung von Schwaben und Neuburg, Oberregierungsrat Mauele aus Augsburg, ernannt worden. Er ist bisher politisch nicht hervorgetreten.  
**Konstanz a. N., 15. Mai.** Das Programm für die am 16. Mai stattfindende Feier zur Erinnerung an das Parlament in der Paulskirche, 1848, steht nunmehr fest. Neben der Feier für die geladenen Gäste in der Paulskirche wird auf dem Römerberg eine allgemeine Feier abgehalten werden. Nach einem Eingangs wird vom Balkon des Römers der Reichstagspräsident eine Ansprache halten. Wechselt die Reichstagspräsidenten eine rote-goldene Fahne geliftet werden. In den Abendstunden ist ein Festzug vorgesehen, den der Reichstagspräsident vom Balkon des Opernhauses aus entgegnehmen wird. Im Festzugsteil wird am Abend des 18. Mai der ehemalige Reichspräsident Ebert in Berlin, der bekannte Historiker Hans Hartmann (Wien) sprechen.

### Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe!

Die Landtagsabgeordneten Henne und Scheff haben wegen Beschaffung von Arbeit eine Anfrage im Landtag eingebracht. Das Ministerium des Innern und der Finanzen haben nunmehr auf diese Anfrage folgende Antwort erteilt: „Für die Instandhaltung und den Neubau der staatlichen Bauwerke ohne Rücksicht auf die Beschaffung von Arbeitskräften sind im Haushaltsplan 1923 vorgesehen: 1. für gewöhnliche Gebäudeausbesserungen 6 Milliarden Mark, 2. für Neubauten und Hauptausbesserungen 2,16 Milliarden Mark, bei Kap. 73 Tit. 6 und 7 8,16 Milliarden Mark. Von den Mitteln für gewöhnliche Gebäudeausbesserungen sind 2 Milliarden Mark den Bauämtern zur Verwendung in eigener Zuständigkeit schon angewiesen und außerdem für Elementarbauten (Kap. 88 Tit. 5 b) ein Kredit von 124 Millionen Mark. Auch die Verwendung der übrigen Mittel wird möglichst beschleunigt werden. Was die Beschaffung des Baumaterials durch Erteilung neuer Gebäudeanträge so wird im ersten Nachtrag für 1923 eine Forderung von 5 Milliarden Mark zur Beschaffung von Wohnungen für Landbauern (Kap. 73 Tit. 1) eingebracht werden, die in vorläufiger Weise bereits dem Finanzministerium des Landtags mitgeteilt und von ihm gutgeheißen worden ist. Von den Mitteln ist ein Teil schon in Ausführung (z. B. die Heimstättenbauvereinstätigkeit Weichenhof u. a.). Hierzu kommt die Fertigstellung der schon genehmigten großen Neubauten (zu vergl. Kap. 73 Tit. 9 für 1922), von denen der Erweiterungsbau der technischen Hochschule, ebenso der Kaiserpalast auf dem Döberberg und die Volkshochschule in Weichenhof im Anfang der Ausführung sind, während das Amtsbaus in Weichenhof aufgeschoben ist. Es liegt somit auch bei diesen Bauten Arbeitsgelegenheit auch zur rechten Zeit vor. Bei Berücksichtigung der Anträge der Staats wird somit gesagt werden können, daß die Staatsbauverwaltung nach Möglichkeit zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe beizutragen befreit ist. Außerdem ist auch den Gemeindeverwaltungen durch Erlass betreffend Beschaffung von Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe, angelegt worden, soweit als möglich auch ihrerseits durch baldige Inangriffnahme von Arbeiten auf dem Gebiet des Bau- und des Tiefbauwesens der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.“

### Die Deutsche Beamtenbund zum Regierungsangebot und zur französischen Antwort.

**Stuttgart, 15. Mai.** Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes hat folgende Entschlüsse angenommen: Der Deutsche Beamtenbund begrüßt den Schritt der Reichsregierung, durch ein weitgehendes Angebot an die Entente Verhandlungen einzuleiten und im Wege der Verhandlung unserer Sachverhalte, Europa und der Welt den Frieden zurückzugeben. Er hält mit Begeisterung fest, daß in dem deutschen Vorschlag die Befreiung der deutschen Beamten und die Wiederbelebung in ihre Wohnstätten und Dienststellen mit dem Anknüpfen der Verhandlungen zu nehmen, eine Form der Lösung, hinter der die gesamte deutsche Beamtenschaft steht, an der sie unbedingt festhalten wird. Der Deutsche Beamtenbund gibt seiner Entrüstung Ausdruck über Inhalt und Form der vorliegenden Antwort der französischen Regierung über den Hinblick darauf sein Verwehren, um die Bewahrung der Würde der deutschen Beamtenschaft in ihrem Widerstand gegen die Anwendung der französischen Macht und Gewalt aus fernherhin zu fällen und zu zeigen. Nach dem Angebot der Reichsregierung und dem unüberhüllten Antwortschreiben der Franzosen, nach den unerbittlichen Drohungen, Verfolgungen und Verurteilungen führender deutscher Beamten müssen die schmähsüchtigen Urteile im Krapp-Prozess sowie neuerdings gegen deutsche Beamten in Frankreich sowie aufreißender wirken. Der Deutsche Beamtenbund vertritt seinen tiefen Abscheu gegen diese französische Justiz, die wie ein Dolch auf Recht und Gerechtigkeit und wie ein Pfeil auf die Ehre der deutschen Nation empfinden wird. Die Gewalttätigkeit der Franzosen sind nur geeignet, und in unserem Widerstand zu bekräftigen, für dessen weitere Durchführung wir mit allen Mitteln werden und auf dem wir beharren werden, bis anstelle von Gewalt, Willkür und Unrecht wieder Recht, Gerechtigkeit und Vernunft eingekehrt sein werden.

### Eine Bauernkundgebung in München.

In München war gestern eine Bauernkundgebung, wie sie nicht mehr seit seines Bestehens. Aus allen Teilen des Landes, aber auch aus Österreich und Tirol waren etwa 4000 Bauern in München zusammengekömmt, die auf dem Königsplatz unter freiem Himmel eine Kundgebung veranstalteten. Diese Kundgebung hatte zwar innerlich keinerlei politische Bedeutung, aber doch sollte durch den Aufmarsch der 4000 Bauern gezeigt werden, daß auch hier eine Macht existiert, die nur aufgegeben zu werden braucht. Bei der

Kundgebung selbst war das Gesamtkabinett, waren alle Verantwortlichen, die irgend wie in der Politik soweit die Kreise für Sozialdemokratie in Betracht kommen, etwas zu sagen haben, vertreten. Unter den 16 Rednern der Kundgebung war an erster Stelle der bayerische Ministerpräsident, der bayerische Landwirtschaftsminister, war der Führer der christlichen Bauernpartei, Geheimrat Dr. Deim. Auch von Tirol und Österreich trafen zwei Redner auf die Tribüne. Der Grundanlass aller 16 Reden war der, daß die Bayern Ruhe und Ordnung haben wollen, denn nur bei Ruhe und Ordnung kann die Scholle bestellt und kann die Ernährung des Volkes, soweit es irgend möglich ist, sichergestellt werden. Die Kundgebung selbst machte einen imposanten Eindruck. Nach der Feier auf dem Königsplatz zogen die 4000 Bauern durch die Stadt. Dr. Deim prägte in seiner Rede auf dem Königsplatz das Wort: Wir brauchen keine Polizei, wir sind Mann genug, um uns selber zu schützen. Wir sind unbewaffnet, unsere Waffe ist die heimatische Scholle. Die Bauernkundgebung ernannte den Reichstagsabgeordneten Geh. Rat Dr. Deim zum Ehrenpräsidenten.

### Abgeordneter Dr. Durr über Bayern und das Reich.

**München, 15. Mai.** Der Führer der Demokraten Bayerns, Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender Dr. Durr, behandelte gestern in öffentlicher Versammlung das Thema: Bayern und das Reich. Der demokratische Führer Bayerns nahm zuerst Stellung zu der Antwortnote Englands und Italiens und bemerkte, daß die kommenden Entscheidungen von ungeheurer Tragweite sein werden. Mit den Nationalsozialisten hielt Dr. Durr gründlich Abrechnung und erklärte, daß die Ober, Bayern könne, wie Früher unter Friedrich dem Großen, zu einer großen geschichtlichen Rolle in Deutschland berufen sein, nur ein solcher Traum sei. Eine solche Führerrolle Bayerns sei unmöglich. Allerdings könne zugegeben werden, daß Bayern für die kommende Entwicklung sehr viel bedeuten könne. Die Vorkriegsordnung des bayerischen Gesamtstaatsministeriums demängelte Dr. Durr insoweit, als sie nicht eine klare Bestimmung enthalte, nach der bewaffnete Sturm- und Stofftrupps jeder Art aufgelöst werden müßten. Dr. Durr sagte, daß nur ein vereintes Nationalbewußtsein die Grundlage für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes bilden könne.

### Deutscher Protest gegen das erste französische Todesurteil.

**Düsseldorf, 15. Mai.** Der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Regierungsrat Kutterbeck, hat an General Demignies ein Schreiben gerichtet, das gegen das französische Kriegsgerichtsverfahren gegen die deutschen Staatsangehörigen Schlegler und Weissen wegen Sabotage, begangen am deutschen Reichsgebiet, protestiert. Das Schreiben wendet sich besonders aufs schärfste gegen die Tatsache, daß französische Offiziere sich für zuständig erklären, gegen einen Deutschen die Todesstrafe zu verhängen. Ein Strafgericht, welches den Tod androht für tatsächlich nicht eingetretene Folgen einer Tat, sei eine gerichtliche Unmöglichkeit. Der Spruch eines Kriegsgerichts, der sich auf diesem schwebenden Boden aufbaue, könne nur als ein militärisches Diktat bewertet werden. Bewußtlos von der Wahrung vor dem ursprünglichen Menschenrecht, dem Leben, erwarde der stellvertretende Regierungspräsident mit der gesamten deutschen Bevölkerung des Bezirks von dem französischen Militärbehörden, daß dieses Todesurteil gegenüber einem Mann, der nach seinem eigenen freiwilligen Bekenntnis nur aus Liebe zu seinem Vaterland gehandelt habe, niemals vollstreckt werde. Es sei Sache eines deutschen Gerichts, diese Straftaten zu verhängen.

### Vor der Revisionverhandlung im Krapp-Prozess.

Zu der am 18. Mai in Düsseldorf zur Verhandlung kommenden Revision im Krapp-Prozess werden die Angeklagten nicht erscheinen. Der Gerichtsbot wird sich aus sieben höheren Offizieren zusammensetzen. Der Anklagenvertreter ist der bayerische französische Gerichtsbeamte, der sich bei der Offiziationsanmeldung Namens Albert. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Grimm in Eßen. Die Revision hängt sich lediglich auf Verfahrensverstöße. Der Vorkriegs Richter wird der Brief eines Herrn zur Verfügung gestellt, der behauptet hatte, die Verurteilung des Urteils an Krapp von Böhlen und seine Direktoren auf dem Vermögenshof des Amtsgerichts Werden zu beabzichten. An der Voranfrage war ein französischer Infanterie mit aufgezogenem Bajonett in zwei Gliedern aufgestellt. Die Deutschen mußten vor die Front treten. Einige Geschütz der Deutschen Kommando. Die Soldaten präsentierten mit blinkendem Bajonett. Das Urteil wird von einem französischen Offizier verlesen. Die eberne Ruhe und völlige Unberührtheit, mit welcher unsere Landleute ihre absurden Strafen entgegennahmen, war von übermäßigem Eindruck. Wiederrum Kommandos und Gewehrrosten. Die Deutschen treten gemessenen Schrittes und erhabenen Hauptes ab. Märtyrer für die deutsche Sache, die siegen muß und siegen wird!

### Entlassung der Reichstagsfraktionen zum Rotenwechsel.

**Berlin, 15. Mai.** Die Reichstagsfraktionen haben gestern nach der Plenarsitzung sich mit der englischen und italienischen Note beschäftigt. In der Sitzung der Deutschen demokratischen Partei wurden, wie das „Berliner Tageblatt“ zu berichten weiß, im Zusammenhang damit die Fragen der Reparation und des westlichen Widerstands eingehend erörtert. In der zweiten Beschlusse wurden nicht gefaßt, doch wurde eine einstimmige Entlassung der Fraktion erzielt, deren Ergebnis Dr. Vetterlin dem Kanzler übermitteln wird. — In der Sitzung der Deutschen Volkspartei wurde, nach derselben Quelle, vornehmlich die politische Frage erörtert, angeblich weil infolge der Abwesenheit der völksparteilichen Minister eine eingehende Debatte über die Note nicht angestrebt werden könne. — Die Sozialdemokratie soll sich hauptsächlich mit der Wahl der Delegierten zum Damburger internationalen Kon-

gress beschäftigt haben. Wie weit diese Angaben zutreffen, entzieht sich unserer Kenntnis. Da das „Berliner Tageblatt“ in denselben Atemzug als besondere Information vertritt, daß die seit Samstag in vollem Gange befindliche dritte Plenarsitzung des Danzburger am morgigen Mittwoch beginnen werde, braucht man seinen Nachrichten allerdings nicht viel Wert beizumessen. Sowie sich jedenfalls fest, daß, wie wir schon feststellten, mit Ausnahme von Deutschnationalen und Kommunisten bei allen Parteien nunmehr die Ansicht überwiegt, daß der Verhandlungsschaden weiterzuspinnen sei. Im Laufe des heutigen Tages soll der Kanzler Abgeordnete der Parteien aus dem betreffenden Gebiet zu einer Aussprache empfangen. Eine Rabinettssitzung in Sachen der beiden Noten hat noch nicht stattgefunden, wohl aber haben sich die einzelnen Ressorts selbstverständlich schon mit ihnen befaßt.

### Ausland.

**Konstantinopel, 15. Mai.** Zwischen Griechenland und der Türkei haben sich in Konstantinopel Spannungen ergeben, die auf eine militärische Aktion der griechischen Truppen hindeuten. — Wie eine Schweizer Agentur meldet, hat die russische Delegation aus Moskau die Weisung erhalten, Konstantinopel am Montag zu verlassen.

**Paris, 15. Mai.** Ueber den Eindruck der Curzon-Note schreibt der „New Yorker Herald“: In gutunterrichteten politischen Kreisen herrscht das Gefühl, daß der englische Außenminister klarer hätte sein müssen mit Bezug auf das, was wir von Deutschland erwarten. Niemals hatten wir erwartet, daß er bei der Abfassung der Note vor allem davon ausginge, die französische Erbfeindschaft zu schonen und daß er wahrscheinlich aus diesem Grunde die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht aufwarf. In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß Lord Curzon bei dieser Gelegenheit sich hätte bemühen sollen, die amerikanische Ansicht mit der englischen in Zusammenhang zu bringen und gleichzeitig das Reparationsproblem um einen Schritt vorwärts und einer praktischen Lösung näher zu bringen.

**Die amerikanische Reise des Kardinals Faulhaber** wird bis Ende Juni dauern. Er hat in den größeren Städten des Ostens gesprochen und überall Tausende von Zuhörern gehabt, denen er die Not Deutschlands sowohl in deutscher wie in englischer Sprache schilderte. In dieser Hinsicht haben die Reden des Kardinals unübertrefflichen Eindruck gemacht. Wie die „New Yorker Staatszeitung“ berichtet, hat er in einer deutschen Versammlung gesagt: „Ich gebe zu, daß wir im Kriege schwere Fehler gemacht haben, unter welchen ich den Einfall in Belgien und die Versetzung der „Lusitania“, gegen die ich schon früher aufgetreten bin, rechne.“ Es war dies das einzige Mal, daß der Kardinal die Politik berührte.

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 12. Mai 1923 die Wiederwahl des Schultheißen Reinhold Hörnle in Calmbach zum Ortsvorsteher der Gemeinde Calmbach bekräftigt.

Die 2. Dienstprüfung im höheren Lehramt in naturwissenschaftlicher Richtung hat erstanden Irma Yang in Neuenbürg.

**Neuenbürg, 14. Mai.** (Vorsicht mit Tintenstiften!) Es dürfte nicht genügend bekannt sein, wie vorsichtig man bei kleinen Verletzungen an den Händen mit Tintenstiften umgehen muß. In Wien hat kürzlich ein Arzt einen Kranken vorgestellt, der sich mit einem Tintenstift eine Verletzung am Daumen zugezogen hatte, so daß eine Operation erfolgen mußte. Die Verletzung sah zwar äußerlich harmlos aus, bald aber machte sich ringsum die kleine Wunde herum eine immer weiter zunehmende Rötung der Gewebe bemerkbar. Es sind weiter folgende Befunde, in denen nach durch Tintenstifte verursachte Verletzungen die Sehnen angegriffen waren und sogar eine Amputation von Fingergliedern notwendig wurde. Man gebe daher mit Tintenstiften äußerlich vorsichtig um. Die Gefahr wird zu leicht unterschätzt.

### Württemberg.

**Stuttgart, 14. Mai.** (Gründung des württ. Baumeisterbundes.) Am 12. und 13. Mai fand die diesjährige Baumeistertagung in Stuttgart statt, bei der die Gründung des württ. Baumeisterbundes (B. B. W.) vollzogen wurde. Dem neuen Bund ist beigetreten: der bisherige Baumeisterverein unter Ausschließung seiner Beamtenschaft, die sich ihren besonderen Hochgruppen anschließen, ferner die Hochvereine bzw. Hochgruppen der Oberamtsbaumeister, der mittleren technischen Beamten im Ministerium des Innern und bei der Finanzverwaltung, sowie die Baumeistervereinigung Döbelsolken. Der Bund bezweckt die einseitige Förderung der gemeinsamen Standesinteressen der aus der württ. Baugewerkschaft hervorgehenden Baumeister, während den Hochgruppen die Wahrung ihrer beamtenrechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten überlassen bleibt.

**Rottenburg, 15. Mai.** (Ein erschütternder Vorfall.) Julius Kauf aus Weiler wollte mit dem 2-Jährigen seine Audienz nach Amerika antreten. In großer Zahl waren Angehörige, Freunde und Bekannte aus Weiler, vor allem auch der Nachbarort erschienen. Kauf stand auf dem Trittbrett, neben ihm die Braut, und winkte allen ein letztes Lebewohl zu. Da belam er, weil er sich zu weit vorlegte, das Uebergewicht. Kräfte nach über aus dem fahrenden Zug auf den Bahndamm und erlitt einen schweren Schädelbruch. Da die Rotbremse gezogen wurde, hielt der Zug, so daß die Braut wieder aufsteigen und den in schwerer Bewußtlosigkeit Liegenden im Verein mit den übrigen Angehörigen ins Spital geleiten konnte.

em.  
der Kindererz  
em der Volk  
Geldsmittel  
ca. 80 Kilo  
erträge und  
erträge des  
bau: alles  
aulichen W  
Schmittel de  
der Reiche  
und die Ent  
hartbeding  
wohl über  
Hilfe (H  
huffes:  
iche mit  
enko  
die  
äsche  
em!  
ho, Henkel's  
und Bleich-So  
führt für Wä  
Kauspat.  
go Hersteller  
KEL & CIE.  
SELDORF.  
frträge  
tag erschei  
rrenalb  
Hsen, w  
ben.  
Herrrenalb  
D. Strom.





180 000—270 000  
350 000  
Es leben  
2. 2500—2900  
1000—1400  
ne 1. 4000—4200  
waren  
abimmen, 20  
3 Millionen  
bis zu 2,9  
wie bis zu 350  
Städ. Ein  
Der Handel  
der hohen  
lenvereinigun  
auf 300 000  
hat folgen  
um gerichtet.  
April behat  
überzeugen  
Bollwerken  
ein Nahrungs  
Trinkwasser  
n, fernigen  
nächlichen  
abdrück ent  
Nahrung we  
mener werden  
ngen, ob es  
für begründ  
ungefähr  
zu nehmen  
einverstand  
sonderer Ver  
geräumt, in  
werden kann.  
eder aufzun  
den sich in  
den Franz  
nd jetzt auch  
orden. Sie  
er aus Rekl  
Frau eines  
ei einer belam  
jolen.  
halsauschlag  
mit der An  
olge der Ver  
am Himmel  
gab eine lag  
ah die Stau  
den wären. In  
Gewalt in  
den Parteien  
onen. Die Dem  
weisen wird  
in ulden. Ge  
Sprache das  
urde, das die  
orik in Lub  
urze Bieie in  
seit Jahr  
schlich fohnd  
schreckant, un  
ten.  
auf welchen  
in mächlige  
zu. Unter  
rads bis 10  
ch des Heim  
bemächtigt.  
er Witwe des  
das Herz  
er aus jedem  
gen erkannt  
und mit w  
leder in den  
zu einzu  
igen, begab  
seren, etwas  
zu lassen  
res, bewo  
selbst auf  
Lodenhülle  
werden, ma  
Konrad er  
überprüf  
und gab  
ne politis  
Kud der  
ni; nur war  
ines Willig  
d war froh  
igter zu em  
einige Hä  
Kopf".

Die Berlesung des Telegramms wurde auf allen Seiten mit Pfläusen begleitet.  
**München, 16. Mai.** Der Staatskommissar für die Wahl beschäftigt sich heute in dem bayerischen Regierungsbüro mit den Listen und Werten der Pfälzer Bevölkerung und tritt mit, daß bis jetzt 2000 Personen aus der Pfalz, einschließlich ihrer Familienmitglieder, ausgewiesen worden sind. In einem einzigen Tag wurden 130 Familien mit dem Befehl zum Verlassen ihrer Häuser bedacht.  
**München, 15. Mai.** Bis jetzt sind 120000 Turner aus allen Teilen Deutschlands zum 13. deutschen Turnfest in München angemeldet. Der Stadtrat München erläßt einen Bescheid an die Münchner Einwohnerschaft, daß jede Familie einen bis zwei Turner für die Zeit vom 14. bis 21. Juli abgeben müsse. — Bei Pionierübungen eines Pionierbataillons auf der Isar geriet ein mit sechs Mann besetztes Boot in einen Strudel und sank. Vier Mann konnten sich retten, zwei ertranken.  
**Kempten a. M., 15. Mai.** Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist Limburg a. d. Lahn heute früh überfallen von den Franzosen besetzt worden.  
**Düsseldorf, 15. Mai.** Bei der Zahlstelle Derendorf der Düsseldorf-erwerbslosenfürsorge beschlagnahmten gestern die Franzosen die Kasse mit 25 Millionen. Der Betrieb wurde deshalb eingestellt werden. — Der belgische Kommandant General erließ eine Verordnung, wonach den belgischen Behörden das Recht zuteil sein soll, die Schaufenster der Läden zum Anschlag aller amtlichen Bekanntmachungen in Anspruch zu nehmen. Gegen die Verordnung legte der belgische Regierungspräsident in Düsseldorf, Oberbürgermeister Lutterbeck, in einem Schreiben an den General Protest ein.  
**Düsseldorf, 16. Mai.** Auf Befehl der französischen Besatzungsorgane mußten 45 Eisenbahner mit ihren Familien ihre Dienstwohnungen räumen.  
**Leipzig, 16. Mai.** Der Verleger Lessing junior wurde gestern nachmittag aus der Haft in Rastrop entlassen, nachdem er zu einer Geldstrafe von 1 1/2 Millionen Mark verurteilt worden war. Gestern nachmittag zwang eine französische Abteilung die Firma Meyer u. Günther, ihr Geschäft sofort zu schließen, weil sie sich geweigert hatte, an französische Truppen zu verkaufen. Als verhaftet erklärt wurde der Teilhaber der Firma, der 24-jährige Rosenbaum. Die Angehörigen Josef Meyer und Friedrich Elsbach gingen an besten Stelle in Haft.  
**Essen, 16. Mai.** Der Landrat des Landkreises Essen, Schöne, richtete an General Degoutte ein Schreiben, in dem er gegen die den Städten Kettwig und Werden auferlegten Geldstrafen von 25 Millionen Mark, sowie gegen die beschlagnahmte von Geiseln im Falle der Nichtzahlung der Geldstrafen schärfste Verwahrung einlegte.  
**Kettwig, 16. Mai.** Gestern sind starke französische Truppenabteilungen hier eingedrückt und haben das Rathaus erobert. Ueber 10 Millionen Mark sind beschlagnahmt worden. Außerdem wurde ein Geldschrank, in dem sich ungefähr 12 Millionen befinden, verstreut. Die französische Besatzung bewacht, die der Stadt auferlegte Geldstrafe einzunehmen.  
**Duisburg, 16. Mai.** In der Nacht zum Sonntag erfolgte vor dem Ruhrstauwerk eine schwere Explosion. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden viele Fenster zertrümmert, das Ruhrstauwerk selbst aber nicht beschädigt, da der Sprengkörper vor dem Stauwerk explodierte. Ein Teil des Sprengkörpers flog in das benachbarte Maschinenhaus der Rheinischen Stahlwerke und durchschlug ein großes Fenster. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Ueber die Ursache der Explosion ist noch nichts bekannt. — In der Nacht vom 12. zum 13. Mai ist die Ruhrbrücke bei Hückwilf—Weddau gesprengt worden. Der Verkehr ist über Hückwilf—Duisburg—Hochfeld—Süd. Die gesamte Strecke ist in weitem Umkreis abgesperrt.  
**Bochum, 16. Mai.** Nachdem die Franzosen in der letzten Woche die Seilbahn zwischen der Zeche Karolinenfeld und Bochumer Verein lagengelassen haben, ist nunmehr auch die Eisenbahnverbindung zwischen der genannten Zeche und dem Bochumer Verein von ihnen unterbunden worden, wobei der Bochumer Verein keinen Rest mehr beziehen kann. Es besteht die Stilllegung des 22000 Arbeiter beschäftigenden Werkes.  
**Hagen, 16. Mai.** Das Kriegsgericht verurteilte gestern den Oberbürgermeister von Hagen, Dr. Rosenbühl, zu 3 Monaten Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe, oder weiteren zwei Monaten Gefängnis. Entgegen dem Antrag des Staatsanwalts wurde er auf freien Fuß belassen. Dr. Rosenbühl hat Requisitionsbefehlen der Besatzungsbehörde keine Folge geleistet.  
**Nordhausen, 15. Mai.** Die Frau des Ingenieurs wurde auf dem Felde, als sie mit ihrem Gemann mit Kartoffeln beschäftigt war, von einer Kugel getroffen und so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb. Soweit bisher feststellen ließ, ist der Schuß von einem auf Daisen verweilenden Mann abgegeben worden.  
**Berlin, 15. Mai.** Der preussische Minister des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die sogenannten proletarischen Hundertschaften für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. In der Begründung heißt es, daß die proletarischen Hundertschaften nach den tatsächlichen Verbänden ihrer militärischen Organisation und ihrer Auffassung tatsächlich auch dazu anzuwenden seien, einen Kampf vorzubereiten und zu führen. Nach den verschiedenen Veröffentlichungen der kommunistischen Presse hat sich dieser Kampf gegen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes und letzten Endes gegen die verfassungsmäßig bestehende Regierung selbst richten. Die proletarischen Hundertschaften seien somit staatsfeindliche Verbindungen.  
**Berlin, 15. Mai.** Der Haushaltsausschuß des Reichstags befaßt sich mit der dritten Ergänzung zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung, die für eine Entschädigung des Anlages des untergegangenen holländischen Dampfbotes

„Tubantia“ ein Abkommen vorliegt. Danach werden die Holländer durch eine Gruppe deutscher Reederei schadlos gehalten. Das Reich übernimmt als Gegenleistung für die Reederguppe die Lieferung von 12 Schiffen, deren Bau an eine Anzahl von Werften vergeben wird, wofür 126 Millionen Papiermark zu leisten sind. Durch dieses Abkommen braucht das Reich nicht den Weltmarktpreis, sondern nur den inländischen Papiermarktpreis zu bezahlen.  
**Berlin, 15. Mai.** Zur Regelung der Löhne für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau trat, da die Parteien zu einer Einigung nicht gelangen konnten, heute im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Jarres-Duisburg ein Schlichtungsausschuß zusammen, der einen Schiedsspruch fällte, wonach die Löhne im Ruhrbergbau einschließlich der dort bestehenden besonderen Zulagen mit Wirkung vom 16. Mai ab um durchschnittlich 3500 M. pro Schicht erhöht werden sollen. Für die übrigen Bergbaubezirke sind Lohnhöhen in der bisherigen prozentualen Abstufung vorgesehen. Die durch den Schiedsspruch vom 1. Mai für die erste Monatshälfte vorgesehenen Lohnhöhen hat der Schlichtungsausschuß bestätigt.  
**Berlin, 15. Mai.** Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichskanzler morgen Vormittag um 9 Uhr Vertreter der sozialdemokratischen Partei gegen 10 Uhr die Vertreter der bürgerlichen Parteien zu einer Besprechung über die politische Lage empfangen. Der Vizepräsident des Reichstags wird unmittelbar vor der Plenarsitzung, die um 1/11 Uhr beginnt, zusammentreten. Es wird sich dann entscheiden, ob es noch vor dem Pfingstfest zu einer großen politischen Aussprache kommen wird.  
**Berlin, 16. Mai.** Der Reichskanzler empfing gestern die Abgeordneten aus den besetzten Gebieten und besprach mit ihnen Fragen, die den Rhein und die Ruhr betreffen. Besonders wurden die durch die Maßnahmen der Franzosen hervorgerufenen Verkehrserschwerungen erörtert. An der Unterhaltung nahmen auch die Minister von Rosenberg und Brauns teil.  
**Berlin, 16. Mai.** Die Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preussischen Landtags brachten in einer gemeinsamen Sitzung die Ansicht zum Ausdruck, daß der Faden der Verhandlungen mit der Entente nicht abreißen dürfe und deshalb ein neues präzisiertes Angebot besonders in der Frage der Garantien gemacht werden müsse. Auch in der Auffassung, daß keine andere als die gegenwärtige Regierung für diese Aufgabe berufen sei, herrschte völlige Einmütigkeit.  
**Berlin, 16. Mai.** Die gestrigen Verhandlungen der Beamtenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Beamtengehälter brachten als Ergebnis eine Erhöhung des bisherigen Feuerungszuschlages von 942 auf 1219 Prozent für die erste Halbjahres. Für die zweite Halbjahres soll der Zuschlag auf 1672 Prozent erhöht werden. Das ausgezahlte vierte Monatsgehalt wird nicht angerechnet.  
**Berlin, 15. Mai.** Der Reichstag nahm nach Erledigung einer Reihe von Etats das Mieterschutzgesetz in dritter Lesung an. — Der preussische Landtag bewilligte heute als Beteiligung des preussischen Staats an der Rhein-Main-Donau-K.-G. 30 Millionen Mark. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt gegenüber einer Meldung der „Chicago Tribune“ fest, daß weder Herr Stinnes, noch einer seiner Söhne zur Zeit der Londoner Weltschiffahrt-Konferenz Deutschland verlassen habe. — Im Berliner physikalisch-chemischen Institut in der Rumpfenstraße wurden durch einen unbekanntem Täter vier Platintiegel und eine Schale im Werte von 15 Millionen Mark gestohlen. — Der Dollarkurs betrug am Dienstag 43 956,05 M.  
**Salzburger, 15. Mai.** Wie das „Salzburger Volksbl.“ mitteilt, wurden am 9. Mai drei jugendliche Kommunisten von der Polizei festgenommen. Die Polizei hat in Erfahrung gebracht, daß die drei Kommunisten einen Anschlag auf den in Salzburg anwesenden Bundeskanzler Dr. Seipel beabsichtigten. Sie hatten erklärt, der Bundeskanzler dürfe Salzburg nicht mehr lebend verlassen.  
**Banauwe, 15. Mai.** Die russische Delegation ist heute morgen nach Berlin abgereist. Die Leiche Worowski wurde mit dem gleichen Zuge nach Berlin verbracht. Der bei dem Attentat verwundete russische Presschef Abrens wurde auf einer Krankenbahn in den Wagen getragen. Frau Worowski hat heute vormittag die Rückreise nach Rom angetreten, wo ihre Tochter sich in sehr krankem Zustande aufhält, die von der Ermordung ihres Vaters noch keine Abnung hat.  
**Paris, 15. Mai.** Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Washington, es verlautet, daß Belgien es abgelehnt habe, die Zahlungen seiner 4 1/2 Milliarden Dollar betragenden Schuld an die Vereinigten Staaten auch nur zu erwägen mit der Begründung, daß mit dem früheren Präsidenten Wilson in Paris ein Abkommen geschlossen worden sei, das Belgien von der Schuld befreie. In Washington sei man der Ansicht, daß der Kongress und nicht Wilson Belgien von der Schuld befreien könne. Präsident Wilson sei persönlich gegen die belgische Auffassung. Es verlautet weiter, daß Rumänien ebenfalls sich zahlungsunfähig selbst für amerikanischen Schulden erklärte.  
**Paris, 15. Mai.** Die Kaiserin Rita von Oesterreich hat den zu den persönlichen Krongütern des Hauses Habsburg gehörenden Codex des Vorse d'Este aus dem Jahre 1450 durch einen Pariser Agenten der italienischen Regierung um 4500 000 Lire verkauft. Der Codex besteht aus zwei großen Folioebänden von je 770 Seiten, deren jede prachtvolle Miniaturbilder aufweist. Der Codex zehört zu den bedeutendsten Denkmälern für die Buchdruckerkunst des 15. Jahrhunderts.  
**Paris, 16. Mai.** Havas meldet aus Düsseldorf, daß die infolge der Sabotage von Linen vorgestern beschlossenen Sanktionen, die in einer viertägigen Einstellung des Verkehrs zwischen Linen—Bochum und dem nichtbesetzten Gebiet bestehen sollten, auf 12 Tage verlängert worden sind.  
**Paris, 16. Mai.** Die französische Kammer hat mit 313 gegen 246 Stimmen die Einführung der Sommerzeit beschlossen. — Der ehemalige französische Ministerpräsident

de Freycinet ist am Montag abend im Alter von 95 Jahren nach mehrtägiger Krankheit gestorben.  
**London, 15. Mai.** Wegen des Landens deutscher Fischerboote in Aberdeen ist in London eine Vereinbarung getroffen worden, wonach vom März bis Juni 18 deutsche Boote, in der übrigen Zeit 14 deutsche Boote wöchentlich in Aberdeen landen dürfen. Bekanntlich war wegen des Landens deutscher Fischerboote ein Streik der Aberdeen Fischer ausgedroht.  
**Christiania, 16. Mai.** Gestern nachmittag stürzte bei Horten ein Marineflugzeug mit 2 Offizieren und einem Artilleristen an Bord, das drahtlose Übungen abhielt, in den Fjord und sank. Alle drei Personen ertranken.  
**Hankau (China), 15. Mai.** In der Umgebung der Stadt ist eine Bande von etwa 1000 Räubern aus Hunan erschienen, die als Preis für ihren Abzug 150000 Dollar und die Lieferung von Munition fordert. Die Bewohner haben die Forderungen der Räuber abgelehnt. Die Ausländer sind in großer Sorge und erwarten Unruhen. Jeder Zug der Strecke Peking—Hankau führt einen Panzerwagen mit 40 Soldaten und Maschinengewehren mit sich.  
**Fransösischer Anschlag auf die deutschen Farbenfabriken.**  
**Befehung der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen.**  
**Ludwigshafen, 15. Mai.** Heute nacht ist die Badische Anilin- und Sodafabrik von den Franzosen besetzt worden. Die Zugänge zum nördlichen Stadteil sind abgesperrt. Die Arbeiter mußten die Räume verlassen und der Zutritt zur Fabrik wurde ihnen verboten. Die Besetzung ist heute früh 5 Uhr erfolgt. Die Angestellten der Nachtschicht durften das Werk verlassen, in dem nun ein ganzes Regiment liegt. Auch das Straßenbahndepot ist besetzt worden. Infolgedessen verkehren keine Wagen der Straßenbahn, auch nicht die Linien aus Mannheim. Im übrigen ist der Verkehr nicht behindert.  
In einer Pressebesprechung wurde heute früh von dem französischen Bezirksbevollmächtigten mitgeteilt, daß die Besetzung der Anilin-Fabrik zu dem Zweck stattfände, um diejenigen Mengen von Farbstoffen zu beschlagnahmen und abzuführen, auf die Frankreich und Belgien laut Friedensvertrag Anspruch haben. Die Betriebe, in denen diese Erzeugnisse hergestellt werden, bleiben beschlagnahmt und auch für die Arbeiter gesperrt. Man hoffe, daß die Maßnahmen innerhalb acht Tagen völlig durchgeführt sein werde. Die Verkehrsbehörden, die notwendig gewesen sei, um größere Arbeiterversammlungen beim Schichtwechsel zu verhindern, habe nur von 5 bis 8 Uhr gedauert. Von dieser Zeit an dürfe der Verkehr wieder völlig aufgenommen werden. Einzelne Postenstellen, die noch in der Nähe der Anilin-Fabrik stehen, dienen lediglich der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Den Pressevertretern ist auf das Bestimmteste versichert worden, daß der Besetzung keine anderen Absichten als die angegebenen zugrunde liegen. Die Besetzung des Straßenbahndepots ist aufgehoben. Seit 8 Uhr verkehren die Linien der Elektrischen wieder fahrplanmäßig.  
**Vorräte im Werte von Milliarden.**  
**Ludwigshafen, 15. Mai.** Da von dem gesamten Betrieb der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen — sowohl von dem alten Werk als auch von dem Werk Uppan — wegen der durch die französische Rheinbegrenzung hervorgerufenen Ausfuhrverhinderung in das rechtsrheinische Deutschland und in das Ausland seit vier Monaten fast nur auf Lager gearbeitet werden konnte, sind die Vorräte an Farbstoffen und Stoffen in den Sälen der Fabrik sehr groß. Es handelt sich um Milliarden-Werte.  
Die Direktion der Fabrik ist von der Besetzung vorher nicht benachrichtigt worden. Es ist ihre auch bis jetzt (1/11 Uhr vormittags) noch keine Mitteilung über die Besetzung zugegangen. Die unvorhergesehene Besetzung macht die am 15. Mai fällige Gehaltszahlung an die Beamten und Angestellten heute unmöglich, da die Beamten der Hauptkasse nicht zu den für die Gehaltszahlung bestimmten Geldern gelangen können.  
**Auch die höchsten Farbwerte besetzt.**  
**Hückwilf, 15. Mai.** Die Franzosen forderten gestern abend von den Hückwilf-Hochfeld fünf Personenautomobile an. Die Direktion verweigerte die Herausgabe. Darauf umgingstes heute nacht die Franzosen die Werke mit Truppen, Tanks und Maschinengewehren und verweigerten heute früh den 13 000 Arbeitern den Zutritt. Unter den Arbeitern verbreiteten sie Flugblätter, die von der Ablehnung des Verlansens nach Automobilen ausgehend von einer Sabotage-Gefangenschaft der Industrielleitung überhand nehmen und die Arbeiter auffordern, der Stinnesgruppe keine Gehorschaft zu leisten. Die Arbeiter schloß bewachte völlige Ruhe und suchte nach Hause zu gelangen. Heute früh ist Landrat Zimmermann des Kreises Hückwilf von den Franzosen für abgelehnt erklärt worden und durch den separatistischen Schulinspektor Dr. Hindrichs ersetzt, dessen Einsetzung als Landrat die Franzosen schon 1919 versuchten. Der Telephonverkehr und der Grenzverkehr war über Nacht vollständig unterbrochen.  
**An Rhein und Ruhr kämpfen und leiden Deutsche. Was tatest du? Gib zum Deutschen Volksopfer.**

**Tinten für alle Zwecke**  
wie  
**Deutsche Reichsschreibertinte, Copiertinte, Wäsa-zeigentinte, chinesische Tusche, Stempeltinte, Firma- und Vereins-Stempel**  
liefert preiswert  
**C. Wech'sche Buchhandlg., Neuenbürg,**  
Inb.: D. Strom.  
**Neue Bestellungen**  
auf den täglich erscheinenden „Gustler“ werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Ausdrückern entgegengenommen.

händig gesperrt. Erst um 8 Uhr wurde das Postamt der Grenze wieder für die gestattete, die im Besitze der abgestempelten roten Ausweise waren.

Wie wir weiter zu der Besetzung der Fachwerke erfahren, sollen zunächst die Fachwerke von einem starken Militäraufgebot umzingelt und besetzt worden sein. Die Haupteingänge sind mit Offizierswachen und mit Maschinengewehren gesichert. Rings um die Fabriken patrouillieren größere Abteilungen. Den Arbeitern wurde nicht gestattet, in die Betriebe zu gehen. Ueber das Gebiet der Stadt höchst ist der Belagerungszustand verhängt worden. Nur den Arbeitern, die in den lebenswichtigen Abteilungen des Betriebs beschäftigt sind, wurde das Verlassen gestattet. Die in Frankfurt wohnenden Arbeiter der höchsten Werke und anderen Fabriken wurden an der Grenze des besetzten Gebietes zurückgewiesen.

**Die Fabriken Weiler ter Meer besetzt.**

Herdingen a. Rhein, 15. Mai. Die diesigen chemischen Fabriken Weiler ter Meer sind durch Militär besetzt worden. Düsseldorf, 16. Mai. Ueber die Besetzung der Chemischen Fabriken vormals Weiler ter Meer wird noch gemeldet: Gegen 6 Uhr früh zog eine etwa 60-80 Mann starke Abteilung Belgier mit Maschinengewehren und Tanks vor die beiden Werke Weiler ter Meer und besetzte die Ausgänge. Die Arbeiter wurden nach Hause geschickt. Kurz darauf wurden von dem Kommando zwei Direktoren aus der Stadt herbeigeholt. Die Besetzung erklärte ihnen, daß sie gekommen sei, um die seit dem 1. Januar 1923 eingestellten Sachlieferungen mit Gewalt abzuholen. Seitens der Direktoren wurde erwidert, daß sie jede Mitwirkung hierbei entsprechend den Beschlüssen der deutschen Regierung ablehnten. Eine Versammlung der Arbeiterschaft nimmt heute zu der Lage Stellung. Die Meister haben bereits gestern mittag den Beschluß gefaßt, die Arbeit solange ruhen zu lassen, bis die Werke von der Besetzung wieder frei sind.

**Einbeziehung der Strecke Niederrhein-Limburg ins besetzte Gebiet.**

Limburg a. L., 15. Mai. Die Franzosen haben heute früh zwischen 8 und 4 Uhr den Bahnhof und die Stadt Limburg a. L. besetzt. Insgesamt sollen zwei bis drei Kompanien Militär eingerückt sein. Die Sperrmaßnahmen der Franzosen sind sehr streng. Die Reichseisenbahnverwaltung hat einen Verbindungsverkehr zwischen Eschborn und Kamberg und zwischen Eschborn und Weilburg eingestellt. Seit heute nachmittag vier Uhr ist Limburg von den Franzosen wieder geräumt. Die Franzosen haben dort einen Aufschlag hinterlassen, daß Limburg ab 15. Mai 1923 zum besetzten Gebiet zu rechnen sei, und zwar mit der Maßgabe, daß namentlich alle Stationen der Strecke Niederrhein-Limburg mit zum besetzten Gebiet zu rechnen seien. Sämtliche Stationen zwischen Kamberg und Limburg — beide Orte eingeschlossen — sind unbesetzt. Der Betrieb Limburg-Eschborn, Limburg-Kamberg und Limburg-Westertal ist wieder aufgenommen worden.

Limburg, 15. Mai. Zur Besetzung von Limburg durch die Franzosen wird uns noch ergänzend berichtet: Sofort nach ihrem Einrücken besetzten die Franzosen das Stadthaus, das Landratsamt, die Post und den Bahnhof. Die Hotels, die voll von Ausgewiesenen waren, und das Geschäftsgebäude des „Kassauer Boten“ wurden umstellt. Der Bürgermeister und der Polizeikommissar wurden aus den Betten heraus verhaftet.

Soäter wurden weiterhin der Stellvertreter des Landrates, der Stadtdirektor, sowie verschiedene Beamte der Bahnhofsstelle verhaftet. Kurz nach dem Eintreffen der Franzosen wurde das Gerichtsgebäude einer starken Durchsuchung unterzogen. Offenbar suchte man von den Deutschen festgesetzte französische Spione. Die Untersuchung verlief ergebnislos. Ebenso wurden die Hotels genau nach bestimmten Personen und Akten durchsucht. Im Gebäude des „Kassauer Boten“ wurde gleichfalls eine genaue Durchsuchung vorgenommen, ebenso in den Privatwohnungen des Verlagsdirektors Beder und des Chefredakteurs Dr. Sieber. In dem Gewerkschaftsbüro, sowie bei dem Ortsvorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei wurden ebenfalls Durchsuchungen abgehalten. Etwa 70 Personen, die ihre außerhalb liegenden Arbeitsstätten aufsuchen wollten, wurden festgehalten und mußten unter harter militärischer Bewachung bis zum Abend auf dem Platz vor dem Landgerichte stehen. Sämtlicher Jugerlehrer ruhte. Um 1/6 Uhr abends zogen die Franzosen wieder nach Diez zurück und führten die verhafteten Herren mit sich, außer einem Bahnhofsbeamten, der ausgewiesen wurde. Sie hinterließen Plakate, in denen Limburg und die Ortlichkeiten Eschborn, Mühlen, Emmerich und Lindenholzhausen für besetzt erklärt werden. Der Jugerlehrer und der Postdienst wurden abends wieder aufgenommen.

**Tariffragen im Ausschuss des Reichseisenbahnrats.**

Berlin, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrats wurde nach eingehender Beratung mit 12 gegen 2 Stimmen beschlossen, daß eine Tarifermäßigung für Braunkohlen nach wie vor als allgemeinen wirtschaftlichen Erwägungen nicht durchgeführt werden kann. Der Ausschuss beschloß sich dann mit der allgemeinen Finanzlage der Reichsbahn und deren Einwirkung auf die Tarifpolitik. Der Ausschuss war einhellig der Ansicht, daß rechtzeitig für Deckung der notwendigen Ausgaben durch Tarifserhöhungen gesorgt werden müsse. Während für Personentarife eine Erhöhung von 100 Prozent zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Anbetracht der ganzen Sachlage für erforderlich gehalten wurde, war der Ausschuss der Ansicht, daß die Gütertariife in einem solchen Ausmaß erhöht werden müßten, daß auch die durch die bevorstehenden Gehalts-, Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen verursachten Mehrausgaben alsbald Deckung finden. Der Umfang der Gütertariferhöhung läßt sich heute noch nicht übersehen, müßte jedoch auf Grund der heutigen Preisverhältnisse schon über 40 Prozent betragen. Eine neue Gütertariffifikation mit langwierigen Vorarbeiten kommt nicht in Frage. Härten sollen jedoch mit den vorhandenen Mitteln ausgeglichen werden.

**Einigung über Lohnfragen der Reichsarbeiter.**

Berlin, 15. Mai. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Festsetzung der Löhne der Reichsarbeiter für Mai, die gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium begonnen haben, haben heute zu einer Einigung dahin geführt, daß der Spitzenlohn des Handwerkes der Ortsklasse I auf 1006 Mark für die erste Hälfte und 1350 Mark für die zweite Hälfte des Monats Mai festgesetzt wird. Der entsprechende Stundenlohn des angelernten Arbeiters soll 942 bzw. 1263 Mark betragen. Dazzu tritt ein Frauen- und Kinderszuschlag von je 75 Mark pro Stunde. Im Zusammenhang mit dieser Regelung tritt im System der Ortslohnzulage wiederum eine Renbe-

runge ein, als höhere Ortzulagen als 100 Prozent vom 1. Mai ab nicht mehr gezahlt werden. Die Verhandlung schloß unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kabinetts nach der Veröffentlichung der erforderlichen Mittel durch Reichstag, Reichsrat und Angehörigenbezüge begannen heute nachmittag.

**Der freien Wirtschaft entgegen.**

Berlin, 15. Mai. Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf zur Sicherung der Brotverforgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 angenommen. Der Entwurf bedeutet vorwiegend einen letzten Schritt von der Getreidezwangswirtschaft zur freien Wirtschaft. Es soll namentlich vom 15. August ab das freie Hebung der Umlage abgelehnt werden, jedoch soll in der ersten halben Daus eine Brotgetreideernte in Höhe bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen gehalten werden. Diese Reserve soll teils aus dem Inland, teils aus dem Ausland beschafft werden. Außerdem sollen 1 1/2 Millionen Tonnen Inlandgetreide durch Lieferungsverträge und 1 1/2 Millionen Tonnen durch freien Kauf auf dem Inlandsmarkt beschafft werden. Für den Fall daß die Lieferung von 1 1/2 Millionen Tonnen Inlandgetreide nicht bis zum 15. Juni vertragmäßig gesichert ist, ist die Reichsregierung ermächtigt, bis 1 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide im Wege des Umlageverfahrens zu beschaffen für eine gewisse Ubergangszeit soll die öffentliche Brotverforgung noch fortgesetzt werden. — Gegen die Vorlage traten Braunschweig, Württemberg, Thüringen und Hamburg

**Auch Japan lehnt ab.**

Berlin, 15. Mai. Die japanische Botschaft hat heute nachmittag dem Auswärtigen Amt folgende Antwort an die Regierung auf die Note der Reichsregierung vom 2. Mai zurückgemittelt: Die japanische Regierung anerkennt das neue Angebot, das die deutsche Regierung in ihrem Memorandum vom 2. Mai Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien vorlegte und das die gesamte Reparationsfrage umfaßt, einer sorgfältigen Prüfung. Die japanische Regierung ist nicht in der Lage, sowohl in Rücksicht auf den Umfang der Reparationssumme wie auf die Möglichkeit der Zahlungen, den Garantien im Reparationsplan, der im Hauptteil des oben erwähnten Angebots ausmacht, ihre Zustimmung zu geben. Angesichts der Tatsache, daß Japan ein gewichtiges Interesse an der vorliegenden Angelegenheit hat und nicht so distanziert wie die anderen Mächte, ist die japanische Regierung nicht in der Lage, sowohl in Rücksicht auf die Möglichkeit der Zahlungen, den Garantien im Reparationsplan, der im Hauptteil des oben erwähnten Angebots ausmacht, ihre Zustimmung zu geben. Angesichts der Tatsache, daß Japan ein gewichtiges Interesse an der vorliegenden Angelegenheit hat und nicht so distanziert wie die anderen Mächte, ist die japanische Regierung nicht in der Lage, sowohl in Rücksicht auf die Möglichkeit der Zahlungen, den Garantien im Reparationsplan, der im Hauptteil des oben erwähnten Angebots ausmacht, ihre Zustimmung zu geben. Angesichts der Tatsache, daß Japan ein gewichtiges Interesse an der vorliegenden Angelegenheit hat und nicht so distanziert wie die anderen Mächte, ist die japanische Regierung nicht in der Lage, sowohl in Rücksicht auf die Möglichkeit der Zahlungen, den Garantien im Reparationsplan, der im Hauptteil des oben erwähnten Angebots ausmacht, ihre Zustimmung zu geben.

**Das bisherige Ergebnis des Holzkaufs.**

Paris, 15. Mai. Nach französischen Blättermeldungen ergaben die bisherigen Holzversteigerungen im Monat April 9 497 000 Franken. Das Holz wurde zum größten Teil an Franzosen verkauft. Ein Teil wurde auf Einbruch der französischen Regierung für den Wiederaufbau der zerstörten Städte erworben. Die Franzosen rechnen mit einem regelmäßigen jährlichen Ertrag aus den rheinischen Wäldern von 2 Millionen Franken.

**Oberamtsstadt Neuenbürg.**  
Die Wegener von  
**Braunkohlen und Briketts**  
als Brennholzersatz, haben auf der Stadtflur für je 6 Jtr. 24000 Mark zu entrichten. Zahlungen können sofort erfolgen, Rechnungen werden nicht ausgegeben.  
Stadtschultheiß Knodel.

**W. Forstamt Wildbad und Reiskern.**  
**Kadelholz-Stangen-Verkauf**

am Mittwoch, den 23. Mai 1923, vorm. 9 1/2 Uhr, in Wildbad im Gasthof zum „goldenen Stern“: 1 1/2 Forstamt Wildbad: aus Staatswald Abtlg. Eifelstange, Neueder, Kohlweg, Brandplatz, Mittl. Gattersberg, Dint. Langsteig, Unt. und Mittl. Lindengrund: Postf.: 753 Ia., 1076 Ib., 1129 II., 410 III. Jagst.: 190 I., 621 II., 551 III. Hopfenst.: 779 I., 811 II., 38 III., 70 IV., 41 V. Klasse. II. Forstamt Reiskern: aus Staatswald Distr. I Abt. Eisenhause und Distr. Rauberberg, Distr. II Abt. Wildbaderfeld: Postf.: 133 Ia., 389 Ib., 17 II., 20 III. Jagst.: 26 I., 53 II., 27 III. Hopfenst.: 654 I., 662 II., 54 III., 73 IV., 28 V. Rebst.: 320 I., 805 II. Klasse und 410 Bohnenst. Losverzeichnis von der Forstdirektion, G. f. G., Stuttgart.

Fließiges, jüngeres  
**Dienstmädchen**  
bei hohem Lohn in kleine Familie gesucht.  
Karl Haager, Pforzheim, Zahnstraße 44.

**An die Ortsarmenbehörden.**  
Von dem Aufwand für die in endgültiger Fürsorge eines Ortsarmenverbandes des Schwarzwalddreiecks stehenden Geisteskranken, Geisteskranken, Epileptiker oder ähnlichen Krankheiten leidenden Personen, sowie für Taubstumme und Blinde übernimmt der Landarmenverband bis 31. 3. 1923 drei Viertel, ab 1. 4. 1923 die Hälfte.  
Die Landarmenbehörde ersucht, die Erstattungsansprüche für das Rechnungsjahr 1922 sobald als möglich anzumelden. Die Erstattungsansprüche gehen verloren, wenn sie nicht spätestens 9 Monate nach Schluss des Rechnungsjahres, auf welches der Aufwand entfällt, geltend gemacht sind. Verspätete angemeldete Ansprüche können nicht berücksichtigt werden.  
Neuenbürg, den 14. Mai 1923. Oberamts- Wagner.

**Che**  
Sie Ihre Fässer mit einem Gebräu füllen, machen Sie einen Versuch mit den Spezialitäten der Firma Robert Ruf, Ettlingen. Tausende Anerkennungen sind ein Beweis dafür, daß Sie nicht hereinfallen.  
Hergestellt werden: **Russ Heidelbeeren** mit Zutaten in Paketen zu 50 und 100 Liter. **Ruß getrocknete Äpfel** mit Zutaten zu 50 und 100 Liter. **Ruß Rosanfang** mit Heidelbeerenzusatz, mit und ohne Süßstoff, Flaschen zu 50 und 100 Liter. **Ruß Rosanfang** mit Äpfelzusatz zu 50 und 100 Liter. Preise für Flaschen und Pakete: Heidelbeeren **RM. 8500.—** zu 100 Liter, Preise für Äpfel **RM. 6500.—** zu 100 Liter, mit Süßstoff **RM. 200.—** höher zu 100 Liter.  
**Robert Ruf, Heidelbeer-Verband, Ettlingen.**  
Niederlagen: **Albert Bester, Küfermeister, Neuenbürg.**  
**Gotthilf Seiges, Gnzberg, Adolf Sommer, Maulbronn.**

**Geburtslags-Ramnstags-Künstler-Postkarten**  
in schöner Auswahl in der  
**G. Weeh'sche Buchhandlg., Neuenbürg,**  
Inh.: D. Strom.

Feldrennach. Gut erhaltener  
**Kinderwagen**  
ist zu verkaufen  
Haus Nr. 45.  
**Reinigen Sie Ihr Blut!**  
Dr. Buschs Blutreinigungstafel „Malkur“ ist der Beste. Zu haben bei: **Albert Barth, Drogerie, Calmbach.**

Gräfenhausen. Einen 2 1/2-jährigen  
**Schlacht-Farren**  
verkauft  
**Ernst Weiz, Farrenhalter.**  
**G. M. A. Silbereisen.**

**Welche größere Geschäftefabrik**  
würde mehrere Aldakamm Geschäfte wöchentlich in Kommission geben? Sicherheit vorhanden.  
Angebote unter Nr. 56 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle erbeten.

**Die Postbezieher**  
des „Enztäler“ werden gebeten, die Bestellung für den Monat Juni 1923 an der Hand des untenstehenden Bezugsscheines rechtzeitig zu erneuern.

Nr. frankiert in den nächsten Briefstücken wefen.	Ich bestelle hiermit den „Enztäler“ für den Monat Juni und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.
An die Postanstalt	
Name	
Wohnort	
Straße und Hausnummer	

**Inseneraten-Aufträge**  
für das erstmals am kommenden Samstag erscheinende  
**Badeblatt für Herrenalb**  
bitten wir unserem Vertreter, Herrn Eisen, welcher zur Zeit dort weil, zu übergeben.  
**Verlag des Badeblattes für Herrenalb, G. Weeh'sche Buchdruckerei, Inh.: D. Strom.**

**Schuhputz Pilo**  
Wir alle sparen unser Geld mit **Pilo** das die Schuh erhält  
Wir liefern preiswert in geschmackvoller Ausführung alle amtlichen, geschäftlichen und privaten **Drucksachen**  
als:  
**Briefumschläge, Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Quittungen, Aktenabzüge, Postkarten für Geschäftsleute, Geschäftsbriefe, Prospekte, Zeichnungen, Zahlkarten, Visitenkarten, Verlobungskarten, Hochzeitskarten, Traueranzeigen**  
alle amtl. Formulare  
**G. Weeh'sche Buchdruckerei, Inh.: D. Strom.**  
**Briefmarken-Sammlungen**, sowie eine große Auswahl an Briefmarken, alte württ., laßt man sich bei **Müller, Neuenbürg, Bindhof 406.**